

Börsen- und Geldmarkt

Verantwortlich für den Inhalt: H. Engelhardt, Berlin-Charlottenburg, Verlag: Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, am 2. H., Berlin W 8, Kronenstr. 15.

Abendausgabe . 20 Pfennig.

70. Jahrgang

Sonnabend, 27. Juni 1925

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Partei hat heute vormittag im Landtag...

Notregelung der französischen Finanzen.

Die Sozialisten wagen dabei nicht das Kabinett Painlevé preiszugeben.

Das Finanzgesetz mit 313 gegen 34 Stimmen angenommen.

Die Kammerführung hat bis heute morgen 3/7 Uhr dauerte. Die Regierungsvorlage ist in der Sitzung am 27. Juni mit 313 gegen 34 Stimmen angenommen worden.

Die Kammerführung hat bis heute morgen 3/7 Uhr dauerte. Die Regierungsvorlage ist in der Sitzung am 27. Juni mit 313 gegen 34 Stimmen angenommen worden.

Der erste Artikel, der dem Finanzminister weitgehende Subjektionsvollmachten einräumt, ist mit 313 gegen 34 Stimmen angenommen worden.

Der Artikel 2 (Stellung des Banknotensatzes) ist nach Stellung der Vertrauensfrage mit 328 gegen 119 Stimmen genehmigt worden.

Der Artikel 3 (Anleihe mit Goldgarantie) ist ebenfalls nach Stellung der Vertrauensfrage mit 373 gegen 136 Stimmen genehmigt worden.

Der Artikel 4 (Stellung eines Maximums für die Nationalen Anleihen) wurde durch 313 gegen 34 Stimmen angenommen.

Der Artikel 5 (Anleihe mit Goldgarantie) ist ebenfalls nach Stellung der Vertrauensfrage mit 373 gegen 136 Stimmen genehmigt worden.

Der Artikel 6 (Anleihe mit Goldgarantie) ist ebenfalls nach Stellung der Vertrauensfrage mit 373 gegen 136 Stimmen genehmigt worden.

Der Artikel 7 (Anleihe mit Goldgarantie) ist ebenfalls nach Stellung der Vertrauensfrage mit 373 gegen 136 Stimmen genehmigt worden.

Die preussischen Provinzialvertreter im Reichsrat.

W. Freiherrn von Gayl, Bevollmächtigter der Provinz Ostpreußen zum Reichsrat, Mitglied des preussischen Staatsrats.

Die Bestimmungen im Reichsrat über die Zollhoheit und die bayerischen Volkssouveränität, die zufällig an einem Tage stattfanden, haben der Öffentlichkeit wieder Gelegenheit gegeben, sich mit der Aufgabe zu beschäftigen, die die preussischen Provinzialvertreter im Reichsrat in ihrer grundsätzlichen der Zollhoheit einmütig mit Ausnahme der Bevollmächtigten von Groß-Preußen gegen die Entwürfe ihrer eigenen Regierung und für die Befreiung der Reichsratsausschüsse gestimmt haben.

Es erscheint daher gewöhnlich, einmal ein offenes Wort über die Einwirkung der preussischen Provinzialbevollmächtigten zum Reichsrat und ihre Wirksamkeit zu sagen.

Der jetzige oft angeführte Artikel 63 der Weimarer Verfassung auf den sich das Reichsamt preussischer Provinzialvertreter im Reichsrat gründet, ist von der Weimarer Linken in die Verfassung aufgenommen worden.

Es geht dem Gesetzgeber manchmal so, daß die Bestimmung, von der er sich einen Parteivorteil verspricht, die gegenwärtige Wirkung ergibt. Die Weimarer Linken haben sich nicht damit begnügt, daß die Weimarer Reichsratsbevollmächtigten gegenüber der Linken zu stehen würden.

Die Bestimmung, daß die Provinzialvertreter eine „reaktionäre“ Gesellschaft darstellen, ist völlig aus der Zeit gestritten. Die aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgegangenen Provinzialparlamente haben nach dem System der Provinzialparlamente und diese wiederum wählen die Reichsratsbevollmächtigten der Provinz und seinen Stellvertreter.

Beratung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Länder über den Sicherheitsrat.

Heute vormittag 10 Uhr trafen unter Vorsitz des Reichs-Landes Dr. Luther die Ministerpräsidenten der Länder in der Reichshausung zu einer Besprechung über die sich ergebenden sicherheitspolitischen Fragen zusammen.

Reichsregierung und Sicherheitsrat.

Gegen die Auffassung des „Total-Anlegers“... Der Berliner Total-Anleger hat in einer Erklärung der Sicherheitsrat die Bekämpfung aufgestellt.

Ein Zwischenfall im Aufwertungsausschuss.

Als es sich um die Aufwertungsausschuss... hatte er sich dem Ausschuss der Aufwertungsausschuss Dr. West vor einiger Zeit erklärt, daß einige Angeordnete sich in der Behandlung der Aufwertungsausschuss...

Die Krise in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen.

Die Krise in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen... Die Krise in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen ist die Folge der französischen Anleihe...

Freidruck für Oberleutnant Jordan.

Das Mandatverhältnis auf der Weiser: ein Zusammenstoß unglücklicher Umstände. TU Witten, 27. Juni. Das Gericht verurteilt nach kurzer Beratung folgenden Artikel: Der Angeklagte Oberleutnant Jordan wird freigesprochen.

Das Mandatverhältnis auf der Weiser: ein Zusammenstoß unglücklicher Umstände. TU Witten, 27. Juni. Das Gericht verurteilt nach kurzer Beratung folgenden Artikel: Der Angeklagte Oberleutnant Jordan wird freigesprochen.